



# WOCHENRÜCKBLICK



PIC-COLLAGE

PIC-COLLAGE



# Aktuelle Videos



# Besuch bei Besuchergruppe



# Und noch ein Besuch bei Besuchergruppe



**STEPHAN  
BRÄUNINGER**

# Unterwegs im Wahlkreis



**STEPHAN  
BRAUNER**

# Rückblick auf die Plenarwoche

## Mittwoch 20. Mai 2026

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) hat auf die massiven Auswirkungen des Iran-Krieges „auf unser Zusammenleben“ hingewiesen. In der Regierungsbefragung des Bundestages am Mittwoch, 20. Mai 2026, ging Klingbeil auf weitere Auswirkungen ein und sah Regierung und Parlament gefordert, „unser Land gut durch diese Zeit zu bringen“. Sein Interesse sei ein starkes Deutschland, das sich „souverän und selbstbewusst in diesen Zeiten behaupten kann“, das Europa stark macht und sich gegen die autoritären Kräfte auf dieser Welt stemmt. Seine Schwerpunkte als Finanzminister seien Investitionen, für die man das Sondervermögen auf den Weg gebracht habe, Strukturveränderungen und die Haushaltskonsolidierung.

Sebastian Münzenmaier (AfD) wollte von Bauministerin Hubertz bestätigt haben, dass vier Millionen Menschen zusätzlich im Land ausschlaggebend für die „gravierendste Wohnungsnot“ seien. Jeder in diesem Land habe ein Dach über dem Kopf, entgegnete die Ministerin und wandte sich dagegen, Gruppen gegeneinander auszuspielen. Einerseits gebe es Städte mit Wohnungsmangel, andererseits gebe es aber auch viel Leerstand.

Der nordrhein-westfälische AfD-Abgeordnete Maximilian Kneller erkundigte sich beim Bundeskanzleramt, welche Kostensteigerung die Bundesregierung für den Erweiterungsbau des Bundeskanzleramts annimmt, wobei die ursprünglich angenommenen sowie die derzeit angenommenen Kosten angegeben werden sollten. Kneller wollte zudem erfahren, welche Kosten für die neue Dienstwohnung des Bundeskanzlers im Erweiterungsbau des Bundeskanzleramts veranschlagt sind.

Das Abrücken des Weltklimarats (IPCC) vom bislang schlimmstmöglichen Szenario für die Klimaerwärmung wird von den Fraktionen im Bundestag kontrovers bewertet. Dies wurde in einer von der AfD verlangten Aktuellen Stunde am Mittwoch, 20. Mai 2026, deutlich. Während Abgeordnete der AfD dies in der teils sehr hitzig geführten Debatte als „Ende des größten Betrugs der Menschheit“ begrüßten, sahen Rednerinnen und Redner der übrigen Fraktionen darin in erster Linie einen Beleg für die Wirksamkeit von Klimaschutzmaßnahmen. Karsten Hilse (AfD) bezeichnete das extreme Szenario RCP8.5, welches die Klimamodelle des IPCC künftig nicht mehr berücksichtigen werden, als „Horrorzenario, das nie auch nur ansatzweise plausibel war“. Trotzdem sei es genutzt worden, um die Menschen in Panik zu versetzen und durch die Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Länder in die Armut zu treiben, sagte der Abgeordnete. Auch Medienberichte und wissenschaftliche Arbeiten hätten sich auf dieses Szenario gestützt, ebenso wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Klimaschutzbeschluss von 2021. Nun sei RCP8.5, mit dem verschiedene Bundesregierungen „unsinnigste Maßnahmen durchgepeitscht“ hätten, Geschichte. Daraus müsse vor allem die Union lernen: „Lösen Sie sich von Sozialisten und Kommunisten, die Ihnen erzählen, man könne zukünftige Klimazustände voraussagen“, rief Hilse den CDU/CSU-Abgeordneten im Plenum zu. „Sonst sind auch Sie bald Geschichte.“

„Paralleljustiz bekämpfen – Bundesweites Lagebild schaffen“, lautet der Titel eines von der AfD-Fraktion vorgelegten Antrags, der am Mittwoch, 20. Mai 2026, auf der Tagesordnung des Parlaments stand. Der Antrag wurde nach 30-minütiger Debatte in die Ausschüsse überwiesen. Die Federführung liegt beim Innenausschuss. Die AfD fordert die Bundesregierung auf, ein bundesweites Lagebild „über Formen der Paralleljustiz und informeller Streitbeilegungsstrukturen außerhalb des staatlichen Rechtssystems“ zu erstellen und dieses regelmäßig dem Bundestag vorzulegen. In der Vorlage schreibt die Fraktion, in den vergangenen Jahren seien vermehrt Hinweise darauf bekannt geworden, „dass in bestimmten Milieus Konflikte und Straftaten außerhalb der staatlichen Justiz durch informelle Schiedsstrukturen, sogenannte Friedensrichter, Familienräte oder clanbasierte Schlichtungsmechanismen geregelt werden“. Diese Formen der sogenannten Paralleljustiz träten insbesondere in abgeschotteten sozialen Strukturen auf, in denen familiäre, ethnische oder clanbezogene Autoritätsstrukturen genutzt werden, um strafrechtlich relevante Konflikte außerhalb der staatlichen Strafverfolgung zu „lösen“. Dabei komme es häufig zu außergerichtlichen Einigungen zwischen Tätern und Opfern, die mit erheblichem sozialem Druck, Drohungen oder finanziellen Ausgleichszahlungen verbunden sein könnten.

Stefan Keuter (AfD) bezeichnete das Leid im Sudan als „Tragödie“, die Politik der „reinen Geldkofferdiplomatie“ der Bundesregierung müsse aber ein Ende haben, weil sie nur „Scheinlösungen“ biete.

Im Sudan herrsche nicht mehr nur ein reiner Bürgerkrieg, sondern ein brutaler Stellvertreterkrieg ausländischer Mächte um die Kontrolle strategischer Rohstoffe und Bodenschätze. „Glauben Sie im Ernst, Sie könnten das Kalkül dieser Akteure mit deutschen Scheckbüchern wesubventionieren?“



# Rückblick auf die Plenarwoche Donnerstag 21. Mai 2026

Ein Antrag der AfD-Fraktion auf „Einsetzung eines 1. Untersuchungsausschusses der 21. Wahlperiode zum Angriff auf die Nord-Stream-Pipelines“ ist in der ersten Beratung am Donnerstag, 21. Mai 2026, bei den anderen Fraktionen auf Ablehnung gestoßen. Der Antrag wurde nach einstündiger Debatte zur weiteren Beratung an den federführenden Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen. Für die AfD-Fraktion sprach Markus Frohnmaier vom „größten Anschlag auf die wirtschaftliche Infrastruktur in der Geschichte der Bundesrepublik“, als am 26. September 2022 drei von vier Erdgassträngen der Nord-Stream-Pipelines zwischen Russland und Deutschland in der Nähe der dänischen Ostseeinsel Bornholm gesprengt worden seien. Über 16 Milliarden Euro hätten „Deutschland und seine Partner“ in die kritische Infrastruktur investiert. Heute habe man immer noch keine abschließende Aufklärung. Man wisse nur, dass sieben Ukrainer dringend tatverdächtig seien. Am 10. Dezember 2025 habe der Bundesgerichtshof festgestellt, dass die Sprengung deutsche Souveränitätsrechte verletzt habe. Die Tat sei mit hoher Wahrscheinlichkeit im Auftrag mindestens der Ukraine geschehen. Von der Bundesregierung gebe es dazu nur „Schweigen im Walde“, so Frohnmaier. Die Regierung bestehe in der Außenpolitik nach Darstellung des Abgeordneten aus „Dienern fremder Interessen“. Er kündigte an: „Wir werden diese nationale Selbsterniedrigung, die die CDU hier in Deutschland zu verantworten hat, beenden.“ Statt Schadenersatz von Kyjiw zu fordern, schließe der Bundeskanzler die Wiederinbetriebnahme der intakten Pipelines aus, was der AfD-Abgeordnete als „freiwillige Selbstkasteiung“ wertete. Die Regierung opfere die deutsche Energiesouveränität auf dem „Altar bedingungsloser Ukraine-Treue“. 94 Milliarden Euro habe Deutschland der Ukraine seit 2022 überwiesen, davon 55 Milliarden Euro militärisch. Laut „Wall Street Journal“ solle der ukrainische Präsident Selenskyj die „Terroroperation höchstpersönlich genehmigt haben“, sagte Frohnmaier. Die AfD beziffert in ihrem Antrag den direkten Sachschaden der Sprengung unter Verweis auf Angaben der Betreibergesellschaft Nord Stream AG auf rund 1,2 bis 1,35 Milliarden Euro.

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, eine rechtssichere, gesetzlich hinreichend bestimmte und gerichtlich überprüfbare Regelung zur Ausweisung nitratbelasteter Gebiete vorzulegen. Gemeinsam mit den Ländern sollten die Kriterien für Messstellenauswahl, Datenauswertung und Gebietsabgrenzung bundesweit einheitlich, transparent und nachvollziehbar festgelegt und ein repräsentatives, ausreichend dichtes und fachlich überprüftes Nitratmessstellennetz aufgebaut werden. Messstellen mit erhöhten Nitratwerten sollten systematisch auf mögliche nichtlandwirtschaftliche Ursachen überprüft werden. Zur Begründung verwiesen die Antragsteller unter anderem auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das in einer „höchstrichterlichen Entscheidung“ festgestellt habe, dass die Anwendungsverordnung zur Ausweisung der sogenannten roten Gebiete (AVV GeA) für die Landwirtschaft mit zusätzlichen Düngebegrenzungen nicht mehr zulässig ist, da sie in der vorliegenden Form ein Eingriff in das Eigentumsrecht der betroffenen Landwirte darstelle.

Auch ein dritter Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Waldbrandprävention und Waldbrandbekämpfung in Deutschland stärken – nationale Koordination verbessern und europäische Zusammenarbeit ausbauen“ wurde zur federführenden Beratung dem Landwirtschaftsausschuss überwiesen. Nach Auffassung der AfD-Fraktion hat die Waldbrandgefahr in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Sie fordert daher die Bundesregierung unter anderem auf, eine nationale Waldbrandstrategie vorzulegen, die Maßnahmen des Bundes zur Prävention, Früherkennung, Forschung, Ausbildung und internationalen Zusammenarbeit bündelt und die Koordination zwischen Bund, Ländern und europäischen Partnern verbessert. Die Koordinierungsfunktion des Bundes im Bevölkerungsschutz solle insbesondere durch Ausbau der Lagebild- und Koordinierungsfähigkeiten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gestärkt werden. Außerdem solle ein dauerhaftes Bundesförderprogramm für Waldbrandprävention aufgelegt werden, das Länder, Kommunen und Waldbesitzer beim Ausbau von Löschwasserinfrastruktur, bei präventiven Waldschutzmaßnahmen sowie bei der Verbesserung der Waldbrandfrüherkennung unterstützt.

Steffen Janich (AfD) warf der Bundesregierung vor, das Thema Bevölkerungsschutz viel zu lange stiefmütterlich behandelt und auf die lange Bank geschoben zu haben. Dieses Zögern habe seine Fraktion bereits mehrfach kritisiert. Dabei sei es „richtig und wichtig“, in den Zivil- und Katastrophenschutz zu investieren. Die Menschen in Deutschland hätten ein Recht darauf, vor den Gefahren einer wie immer gearteten militärischen Bedrohung geschützt zu werden. Die AfD-Fraktion verlangt in ihrem Antrag die Abschaffung des CO<sub>2</sub>-Emissionshandelsystems sowie des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus. In einem Antrag schreiben die Abgeordneten, dass sich der europäische Emissionshandel (EU-ETS) mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten zu einer erheblichen Belastung insbesondere für die deutsche Industrie entwickelt habe. Das System erhöhe die Energiekosten und schwäche somit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Zwar sei der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) geschaffen worden, um Importe an das durch das EU-ETS künstlich verteuerte Preisniveau anzupassen. Doch Systemlücken, ungeklärte Exportnachteile und wachsende Berichtspflichten erhöhten die Standortkosten weiter.

Daher fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der EU-Rats- und Kommissionsverhandlungen für eine vollständige Abschaffung des Emissionshandelsystems sowie des CBAM einzusetzen. Nur so könne die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie gesichert und langfristiger Wohlstand ermöglicht werden. Im Bundestag soll die Bundesregierung dem Antrag zufolge Initiativen vorlegen, mit denen „alle Gesetze und Verordnungen oder Teile daraus“ aufgehoben werden, die sich auf EU-ETS und CBAM in Deutschland beziehen, insbesondere das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG).

In dem Antrag fordert die AfD-Fraktion, den Rundfunkbeitrag bei der Ermittlung des steuerlichen Existenzminimums zu berücksichtigen und das Einkommensteuerrecht zum 1. Januar 2027 entsprechend anzupassen. Rundfunkbeiträge würden eine wesentliche finanzielle Belastung für viele Haushalte darstellen. Sie werden vom Inhaber einer Wohnung geschuldet, unabhängig davon, ob und wie viele Rundfunkgeräte vorhanden sind und welche Leistungen der Rundfunkanstalten zugänglich sind.



STEPHAN  
BRAHLER

# Rückblick auf die Plenarwoche

## Freitag 22. Mai 2026

Das Kindergeld soll in Deutschland künftig automatisch nach der Geburt eines Kindes ausbezahlt werden, ohne dass die Eltern dafür einen Antrag stellen müssen. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Einführung eines antragslosen Kindergeldes“ hat das Parlament am Freitag, 22. Mai 2026, erstmals beraten. Die AfD-Redner fokussierten sich in ihren Wortbeiträgen auf ihren eigenen Antrag. Das Kindergeld sei aus dem Ruder gelaufen, befand Kay Gottschalk (AfD). Im Jahr 2025 seien 528 Millionen Euro an Kindergeld ins Ausland überwiesen worden. Seine Fraktion wolle deshalb eine Indexierung, Kindergeld solle an die Lebenshaltungskosten im Ausland angepasst werden. „Man muss den politischen Willen haben, das System zu verändern“, sagte er. Die jetzige Situation könne man keinem Arbeitnehmer und keiner Familie in Deutschland erklären. Später in der Debatte fragte René Springer (AfD): „Was ist gerecht daran, wenn deutsches Kindergeld vollständig auf ausländische Konten überwiesen wird?“ Er verteidigte den AfD-Antrag, das Kindergeld für im Ausland lebende Kinder an das Niveau der dortigen Lebenshaltungskosten anzupassen und ergänzte: „Dann hört man immer wieder, die EU verbietet das, wir werden verklagt. Vielleicht sollten wir die Europäische Union mal daran erinnern, dass wir Nettobeitragszahler Nummer eins sind und dass wir diese Zahlungen auch einstellen können.“

Die AfD-Fraktion forderte eine systematische Stärkung der Apotheken, um die Arzneimittelversorgung flächendeckend sicherzustellen. Apotheken gäben nicht nur Arzneimittel ab, sondern seien auch das wohnortnächste, größte, vielfältigste, fachkundig geführte und sichere dezentrale Lager für die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung. Das finanzielle Risiko und die Vorfinanzierung trügen dabei die Apotheker selbst, hieß es in dem Antrag. Die Apotheken hätten gleichwohl mit einer Vielzahl von Problemen zu kämpfen. Dazu gehörten der steigende Kostendruck, Medikamentenlieferengpässe, die Inflation, Personalmangel und die zunehmende Bürokratie. Hinzu komme der Trend zum Versandhandel mit Arzneimitteln. Als Folge expandierten die großen Versender im EU-Ausland, während die Apothekenzahl in Deutschland ständig sinke.

Die AfD-Fraktion möchte mit einem Antrag den „Erhalt des Gaskraftwerks am Standort Lubmin“ und dessen „Integration in die deutsche Energieinfrastruktur“ erreichen. Die AfD-Fraktion fordert den sofortigen Stopp der geplanten unentgeltlichen Übertragung des stillgelegten Gaskraftwerks in Lubmin an die Ukraine. Stattdessen verlangen die Abgeordneten den Erhalt der Anlage am aktuellen Standort im Landkreis Vorpommern-Greifswald sowie eine Integration der Anlage in die bestehende Energieinfrastruktur. Die Antragsteller wollen die Anlage erhalten, weil sie der Ansicht sind, dass Deutschland weiter Erdgas aus Russland beziehen solle. Die Anlage habe am Anlandepunkt Lubmin der Pipeline Nord-Stream-I das aus Russland angelandete Erdgas in das deutsche Fernleitungsnetz übernommen. Ohne eine solche Infrastruktur in dieser Größenordnung sei eine Anlandung russischen Erdgases über Pipelines in nennenswertem Umfang nicht möglich, heißt es in dem Antrag. Eine Demontage, ein Verkauf oder ein Abriss der Anlage erschwere ohne Grund eine mögliche Inbetriebnahme zumindest des verbliebenen Strangs der Pipeline Nord-Stream-II für mehrere Jahre und erfordere eine gleichwertige Ersatzinvestition in Millionenhöhe.

Als „größte soziale Katastrophe in Deutschland“ bezeichnete Marc Bernhard (AfD) die Wohnungsnot. Schuld seien aber „nicht die Vermieter, sondern 15 Jahre linke Anti-Wohnungs-Politik“ der anderen Parteien. Sie hätten das Bauen durch „immer extremere Klima- und Dämmvorschriften“ und „die ungebremste Massenzuwanderung“ immer weiter verteuert.

Die von der Linken gewollte Enteignung schaffe „keine einzige neue Wohnung“, sondern vertreibe privates Kapital aus Deutschland, ergänzte Olaf Hilmer (AfD). Versagt habe auch der Mietpreisdeckel der rot-rot-grünen Koalition in Berlin.



# Diese Woche:



**28. Mai 2026**

## Wanderausstellung des Deutschen Bundestages

mit **Stephan  
BRANDNER**

 **Donnerstag, 28. Mai 2026**  
11:30 Uhr bis 12:30 Uhr

 **SMARTCity Studio Gera,**  
Heinrichstraße 30



## BÜRGERDIALOG

### der Landesgruppe Thüringen

**28.05.26 | 18.00 Uhr**

**Lokschuppen**  
Bahnhofstraße 9  
07580 Ronneburg

Mit

**Stephan Brandner** MdB

**Christian Zaum** MdB

**Denny Jankowski** MdL

**Wir freuen uns auf Sie!**  
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

  
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



**STEPHAN  
BRANDNER**

# Die nächsten Termine

## INFOTOUR

**Wechsel wählen!**

**04.06.2026**  
17-19 Uhr

**Schmiedefeld**  
Im Park

*Bei Bratwurst und Bier*

- Informieren.
- Austauschen.
- Mitgestalten.

Prof. Michael Kaufmann MdB | Thomas Benninghaus MdL | Stephan Brandner MdB  
Stellv. Bundessprecher der AfD

**KOMMEN SIE VORBEI – WIR FREUEN UNS AUF SIE!**

**AfD THÜRINGEN**

**5. Juni 2026**

## Infostand

mit **Stephan BRANDNER** und dem **Gebietsverband Greiz der AfD**

**Freitag, 5. Juni 2026**  
10:00 bis 12:00 Uhr

**Marktplatz Greiz**

**AfD**  
Gebietsverband Greiz

**DER OSTEN MACHTS!**

## Bürgerdialog

Spielregeln des Parlaments - Wenn der Schiedsrichter dein Gegner ist

**05.06.2026 - 19.00 Uhr**

**Waldhaus**  
Hofer Straße 2a  
07548 Gera

Gast: **Stephan Brandner (MdB)**  
Zweiter Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

**AfD**

www.afd-gera.de  
info@afd-gera.de  
f @afdgera

## INFOMOBILTOUR

### der Landesgruppe Thüringen

**Am 17.06.26**

- Am Neumarkt in 04613 Lucka**  
10.00 - 11.00 Uhr
- Am Marktplatz in 04610 Meuselwitz**  
11.30 - 13.00 Uhr
- Am Marktplatz in 04600 Altenburg**  
13.30 - 15.00 Uhr
- Am Marktplatz in 04626 Schmölln**  
16.30 - 17.30 Uhr

Mit **Stephan Brandner** MdB  
**Prof. Dr. Michael Kaufmann** MdB

**Wir freuen uns auf Sie!**  
Keine Anmeldung erforderlich.

**Alternative für Deutschland**  
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



**STEPHAN BRANDNER**

# Die nächsten Termine



**AfD**  
**SOMMERFEST**  
**13.06. 14 UHR**  
**APOLDA SCHULPLATZ**

STEFAN SCHRÖDER MdB  
PETER GERHARDT MdL  
STEPHAN BRANDNER MdB

AfD Fanshop · Generation Deutschland Thüringen  
Bürgermobile vor Ort · Essen & Trinken · Hüpfburg

**AfD** Kreisverband Weimarer Land



**SOMMERFEST**  
**GREIZ-SCHLOSSGARTEN**

Björn Höcke, MdL Stephan Brandner, MdB René Aust, MdEP Thomas Trommer

**20.06.2026**  
**15:00 - 21:00**

**AfD** Kreisverband Landkreis Greiz



**BÜRGERDIALOG**  
**der Landesgruppe Thüringen**

29.06.26 | 18.00 Uhr

Festgelände  
»Alte Papierfabrik«  
Fabrikstraße 10  
04617 Fockendorf

Mit  
**Stephan Brandner** MdB  
**Carolin Bachmann** MdB  
**Uwe Thrum** MdL

**Wir freuen uns auf Sie!**  
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

**Alternative für Deutschland**  
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



**STEPHAN BRANDNER**

# Zuschuss zur Klassenfahrt

## Zuschuss zu eurer Klassenfahrt nach Berlin:

Mehr Infos unter  
[stephan.brandner.ma03@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma03@bundestag.de)

**STEPHAN BRANDNER**  
stellv. Bundesvorsitzender

**AfD**



**STEPHAN  
BRANDNER**

# Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera  
Rudolf-Diener-Straße 21,  
07545 Gera  
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30  
☎ Fax: 03 65 - 22 69 12 50  
✉ kontakt@brandner-im-  
bundestag.de  
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz  
Bebelstraße 21,  
04610 Meuselwitz  
✉ meuselwitz@brandner-im-  
bundestag.de  
🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr








📍 Wahlkreisbüro Gößnitz  
Zwickauer Straße 11,  
04639 Gößnitz  
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
✉ goessnitz@brandner-im-  
bundestag.de  
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Weida  
Platz der Freiheit 9,  
07570 Weida  
✉ weida@brandner-im-bundestag.de  
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1.  
Samstag im Monat: 8-11 Uhr



## Besuchen Sie mich auch im Netz

-  [www.facebook.com/stBrandner](https://www.facebook.com/stBrandner)
-  [www.instagram.com/stephanbrandner](https://www.instagram.com/stephanbrandner)
-  [www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd](https://www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd)
-  [t.me/StephanBrandnerMdB](https://t.me/StephanBrandnerMdB)
-  [www.tiktok.com/@brandner\\_afd](https://www.tiktok.com/@brandner_afd)
-  <https://twitter.com/BrandnerSt>